

# Sapi heißt Bitterkeit

---

## Senegal 50 Jahre nach der Unabhängigkeit

Von Tom Amadou Seck

Es kam als Schock für alle Senegalesen: Am 24. Dezember 2008 musste die senegalesische Regierung von der ehemaligen Kolonialmacht Frankreich einen Notkredit in Höhe von 83 Millionen Euro aufnehmen, um die Gehälter ihrer Beamten bezahlen zu können. Anfang 2009 gab es dann vom IWF im Rahmen eines Hilfsprogramms für die von der Finanzkrise betroffenen Länder einen weiteren Kredit von 75,6 Millionen Dollar (56 Millionen Euro).

Als die Demokratische Partei Senegals (PDS) von Abdoulaye Wade im März 2000 an die Regierung kam, wurde sie von den Senegalesen "Partei der sozialen Forderungen" genannt. Das zeigt, wie viel sich die Senegalesen damals von der neuen Regierung erwarteten. Zehn Jahre später haben sie aus dem Präsidentenslogan von damals – "sopi" (Wandel) – ein anderes Wort gemacht: "sapi", was in der Wolof-Sprache Bitterkeit bedeutet.

Mit einem Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 613 Euro pro Einwohner ist der Senegal eines der ärmsten Länder der Welt geblieben, woran auch die hohe Wachstumsrate von 4,3 Prozent im Jahr 2008 und 5,7 Prozent 2009 wenig geändert hat. Die wichtigste Devisenquelle, der Fischfang, beschäftigt direkt oder indirekt mehr als 600 000 Menschen. Doch der Anteil von Meeresprodukten an den Gesamtexporten ist im Zeitraum von 2000 bis 2008 massiv geschrumpft: von 37 auf 24 Prozent. Die Überfischung der Küsten durch Fangflotten aus den Mitgliedstaaten der Europäischen Union und aus Japan, denen die Regierung großzügig Lizenzen erteilt hat, haben die Branche in die Krise gestürzt.

Die zweitwichtigste Devisenquelle des Landes ist der Tourismus. Aber der ist durch die prekäre Sicherheitslage in der Casamance beeinträchtigt, die das Hauptziel der vor allem französischen Touristen ist. Überdies leidet er unter der Aufwertung des Euros gegenüber dem Dollar und den hohen Reisekosten nach Dakar, seitdem die Fluggesellschaft Air Senegal International quasi verschwunden ist. Negativ macht sich auch die Konkurrenz der Maghreb-Staaten und der Länder am Indischen Ozean bemerkbar.

Das ehrgeizige landwirtschaftliche Entwicklungsprogramm für Nahrung und Wohlstand (Grande offensive agricole pour la nourriture et l'abondance, Goana), das 2008 mit viel Medienrummel gestartet wurde, konnte die Ernährungssicherheit der einheimischen Bevölkerung nicht gewährleisten. Der senegalesische Bauernverband (CNCR) bemängelt, dass die Regierung ihre Politik ohne Absprache mit den Betroffenen durchziehe.

Das Gleiche gilt für das Aktionsprogramm Rückkehr in die Landwirtschaft (Retour vers l'agriculture, Reva), mit der Auswanderung und Landflucht der vorwiegend jungen Menschen bekämpft werden sollte. Das Programm sieht Investitionen in Höhe von 31,1 Milliarden CFA-Francs (55 Millionen Euro) vor, die den Anbau exportfähiger Produkte fördern sollen – und paradoxerweise zugleich die ausreichende Ernährung der Bevölkerung sicherstellen.

Mamadou Cissokho sieht die Prioritäten anders: Wichtiger wäre es, "das Projekt eines neuen Miteinanders von Stadt und Land zu fördern", schreibt der Repräsentant des Bauernverband CNCR. Ihm liegt vor allem der Erhalt der bäuerlichen Familienbetriebe am Herzen: "Wir müssen zum Beispiel dafür sorgen, dass die Städter verstehen, wie wichtig es ist, Produkte vom eigenen Ort, aus der eigenen Region, aus dem eigenen Land einzukaufen; nur so können

tausende von Arbeitsplätzen in den Unternehmen und kleinen Betrieben gesichert werden, und das ist für eine allgemeine Verbesserung der Lebensbedingungen unerlässlich.”(1)

Mit der bevorstehenden Privatisierung der Senegalesischen Gesellschaft für die Vermarktung der Ölsaaten (Sonacos) könnte die ländliche Wirtschaft noch stärker in die Krise abrutschen. Denn die Sonacos hat eine für sie eminent wichtige Funktion. Sie kauft den Bauern ihre Erdnussernte ab und verarbeitet sie zu Öl, das dann von ihr auch vermarktet wird. Wie die CNCR-Leute betonen, ist die Sonacos viel mehr als die Fabriken, die sie betreibt: “Sie ist ein unentbehrliches Element in einem Wirtschaftszweig, der in einem guten Jahr einen Profit von mehr als 70 Milliarden CFA (106 Millionen Euro) erwirtschaftet, die den Bauern, aber auch Transportunternehmen, Zulieferern, Banken und anderen zugutekommen.”

Ein weiterer Anlass zu Sorge ist für die Landbevölkerung die Quasiprivatisierung der Staatlichen Landwirtschaftlichen Sparkasse und der Abbau der gesamten Unterstützungs- und Dienstleistungsstrukturen für die Bauern. So wurde die Sonacos-Tochter Sonagraine, die den Abtransport der Erdnussernte gewährleistete, bereits aufgelöst. Der Überlebenskampf auf dem Lande, wo 60 Prozent der Gesamtbevölkerung leben, wird also zusehends härter; die ländliche Armut ist keineswegs zurückgegangen.

Die Resultate der umfassenden Privatisierungsstrategie, die dem Senegal von den internationalen Kreditgebern vorgeschrieben wird, fallen nicht gerade überzeugend aus. Zum Beispiel hat sich seit der Privatisierung des staatlichen Elektrizitätsunternehmens Senelec im Jahr 1999 der Zustand des Stromnetzes deutlich verschlechtert. Inzwischen musste der Staat das Unternehmen wieder übernehmen, das seit Dezember 2009 in Form einer Public Private Partnership (PPP) betrieben wird.(2). Bis heute kommt es regelmäßig zu Stromausfällen, selbst in der Hauptstadt Dakar.

In einem Bericht, der auf einen Kongress der Assises nationales du Sénégal zurückgeht(3), heißt es: “Die Ineffizienz des Stromvertriebs ist ebenso sattem bekannt wie all die Probleme, die daraus für die Preise, die Finanzierung, die Stromausfälle und die ungleiche Stromversorgung resultieren.” Die chronisch unzureichende Stromerzeugung der Senelec sei nach wie vor “die wichtigste strukturelle Ursache” für die genannten Probleme, “die auch durch das Zwischenspiel der Privatisierung nicht beseitigt werden konnte”.

Nach dem letzten senegalesischen Armutsbericht (für 2005/2006) geben 64,7 Prozent der befragten Hausfrauen an, dass sie Schwierigkeiten haben, die Familie ausreichend zu ernähren.(4) Zudem hat die Mehrheit der Senegalesen nur sehr erschwerten Zugang zu Wasser und Strom, und auch die Straßenverbindungen sind unzureichend. Besonders schlecht steht es um die medizinische Grundversorgung. Kein Wunder, dass 45,9 Prozent der Bevölkerung an Malaria leiden und dass es 2004 sogar noch in Dakar zu einer Cholera-Epidemie kam.

Echte Fortschritte gab es jedoch im Bildungswesen. 40 Prozent der staatlichen Haushaltsmittel werden für Schulen und Universitäten ausgegeben. Die Beschulungsrate als Anteil der Jugendlichen, die eine Grundschule besuchen, hat sich zwischen 1999 und 2004 von 68,9 Prozent auf immerhin 80 Prozent erhöht. Senegal ist das einzige Land Westafrikas, in dem es Kindergärten mit Vorschule gibt, die von immerhin 22 000 Ein- bis Sechsjährigen besucht werden. Der Anteil von Mädchen und Jungen in den Schulen ist beinahe gleich, mit Ausnahme allerdings der ländlichen Regionen. Leider gibt es es nicht ausreichend Grundschullehrer, und den pädagogischen Hochschulen fehlt es an der notwendigen Ausstattung.

Auch die Universitäten durchlaufen schwierige Zeiten, und die Studenten befinden sich im Dauerstreik. Eine Reform des Bildungssystems erscheint überfällig, damit die jungen Leute im Land gehalten werden können. Denn viele dieser Generation, die besonders unter der

Arbeitslosigkeit leidet, lassen sich zur Auswanderung verleiten – ein Unterfangen, das oft tödlich endet.

**Fußnoten:**

(1) Mamadou Cissokho, "Gott ist nicht Bauer", Dakar (Presence Africaine) 2009.

(2) Am 11. November 2009 unterzeichneten die senegalesische Regierung und der französische Stromkonzern EDF ein PPP-Abkommen, das Senelec in eine Holdinggesellschaft von drei Unternehmen (lokales Stromnetz, Stromproduktion und Stromexport) umgewandelt hat.

(3) Dieses Bündnis von Gruppen der Opposition, der Zivilgesellschaft und der Auslandssenegalesen organisiert seit 2008 Kongresse und gibt Berichte heraus; siehe [www.assises-senegal.info](http://www.assises-senegal.info).

(4) Armutsbericht Senegal (ESPS, 2005/2006), herausgegeben vom senegalesischen Wirtschafts- und Finanzministerium, Dakar, August 2007.

Aus dem Französischen von Harald Greib

Tom Amadou Seck ist Wirtschaftswissenschaftler und Dozent an der Fakultät für Rechts- und politische Wissenschaften der Universität Reims.

Le Monde diplomatique Nr. 9187 vom 14.5.2010, Seite 11, 233 Dokumentation, Tom Amadou Seck